

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Jürgen Lemmer 563 2679 563 8576 juergen.lemmer@stadt.wuppertal.de
	Datum:	05.11.2008
	Drucks.-Nr.:	VO/0942/08 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
18.11.2008	Migrationsausschuss	Entscheidung
10.12.2008	Bezirksvertretung Vohwinkel	Entscheidung
Muslimischer Friedhof in Vohwinkel - Drucksache VO/0504/08		

Grund der Vorlage

In einem Bürgerantrag an die Bezirksvertretung Vohwinkel – Drucksache VO/0504/08 – wird angeregt, muslimischen Einwohnerinnen und Einwohnern die Möglichkeit einer Bestattung zu schaffen. Die BV Vohwinkel hat am 11.06.08 der Verwaltung einen Prüfauftrag erteilt.

Beschlussvorschlag

1. Der Migrationsausschuss unterstützt das Vorgehen der Verwaltung, gemeinsam mit allen Moscheevereinen eine gesamtstädtische Lösung zu finden. Der Migrationsausschuss wird die weiteren Schritte begleiten.
2. Die Bezirksvertretung erklärt mit dieser weiteren gesamtstädtischen Planung den Bürgerantrag für erledigt.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Kühn

Begründung

Ausgangslage:

1995 wurde auf dem Ronsdorfer Friedhof das muslimische Gräberfeld in Betrieb genommen

und im Juli gleichen Jahres fand dort die erste Beisetzung statt. Zwischenzeitlich sind insgesamt 122 Grabstätten dort errichtet worden. Weitere ca. 150 Grabstätten können noch eingerichtet werden.

Unterstellt man eine weitere gleichmäßige Entwicklung der Bestattung, so wie in der Vergangenheit, so würden die jetzigen Flächen bis etwa zum Jahr 2020 reichen. Wie lange diese Flächen tatsächlich belegt werden können, kann jedoch nicht exakt vorausgesagt werden, da heute die Mehrzahl der muslimischen Menschen mit Migrationshintergrund, die hier versterben, noch im Ursprungsland geboren sind und sich dort häufig auch beerdigen lassen wollen. Es ist für die Zukunft davon auszugehen, dass die Zahl derer, die in Wuppertal beerdigt werden wollen, steigt.

Bedarf:

Es gibt keine genauen Daten zur muslimischen Bevölkerung, da dieses als Datum bei der Einwohnermeldebehörde nur freiwillig erhoben wird. Außerdem ist der Islam ähnlich vielschichtig organisiert, wie zum Beispiel die Christen. Leitet man jedoch die Religionsangehörigkeit von der Staatsangehörigkeit bzw. dem Migrationshintergrund ab, so kann in aller Vorsicht davon ausgegangen werden, dass mindestens 10% der Wuppertaler Bevölkerung muslimischen Glaubens sind.

Im Nachgang zum Bürgerantrag in der Bezirksvertretung Vohwinkel hat das Ressort 204 zunächst bei den dortigen Moscheen und anschließend bei den großen Moscheen in den anderen Stadtteilen um eine Einschätzung zum Bedarf nach einem muslimischen Friedhof gebeten. Alle befragten Moscheen rechnen einmütig mit einem steigenden Bedarf, da immer mehr Menschen in der Nähe ihrer Familien beerdigt werden wollen. Dieser anzunehmende Bedarf ist jedoch nicht nur auf einen Stadtbezirk bezogen, sondern kann nur für das gesamte Stadtgebiet ermittelt und ggf. sichergestellt werden.

Muslimischer Friedhof:

Ob der Ausgangslage und des steigenden Bedarfs gibt es keine Alternative zur Errichtung eines muslimischen Friedhofes. Aufgrund der Zahl der Muslime in dieser Stadt sollte dieser Friedhof die Größe des neuen jüdischen Friedhofes nicht unterschreiten und es sollte ein Friedhof in eigener Trägerschaft sein, da aus haushaltsrechtlichen Gründen keine andere Möglichkeit denkbar ist, und gleichzeitig damit eventuelle Akzeptanzprobleme vermieden werden.

Vor diesem Hintergrund fand am 21.10.2008 ein Treffen mit Vertretern von elf Moscheen in Wuppertal statt. Auch die Moscheevereine, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zum Bedarf befragt werden konnten, bejahen diesen ausdrücklich.

Weiteres Vorgehen:

Um in eine weitere Planung eintreten zu können wurde verabredet, dass folgende Fragen zunächst geklärt werden:

- Klärung der gemeinsamen Trägerschaft durch die Moscheevereine
- Klärung der religiösen Regeln und Standards
- Klärung der länderspezifischen Unterschiede
- Feststellung der elementaren religiösen Anforderung an ein evtl. Friedhofgrundstückes

Die vorgenannten Fragen werden die Moscheevereine in den nächsten Wochen zunächst unter sich geklärt.

Da im Anschluss an das gemeinsame Fastenbrechen auf dem Johannes-Rau-Platz es schon eine Verabredung zwischen den Moscheevereinen gab, in einem Prozess für die Gründung eines gemeinsamen Dachverbandes einzutreten, gibt es eine gute Grundlage a) zu einer einvernehmlichen Klärung der Fragen und b) für die zukünftige Trägerschaft eines muslimischen Friedhofes.

Es wurde mit den Vereinen vereinbart, sich zu Beginn des Jahres 2009 erneut zusammzusetzen, um das weitere Verfahren abzustimmen. Die Verwaltung wird den Ausschuss über die weiteren Fortschritte laufend berichten.

Kosten und Finanzierung

Zur Zeit keine